

## Hängige Geschäfte auf allen Ebenen

Von Bea Fünfschilling, Mitglied der Geschäftsleitung LVB



**In der Folge erstellt der LVB eine Übersicht über die wichtigsten, die Volksschule direkt betreffenden, geplanten oder hängigen parlamentarischen Vorstösse und Geschäfte von Bund und Kanton. Die Liste ist lang. Nachdem sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier jahrelang nur wenig um die Bildung gekümmert und diese unbesehen den Bildungsplanern überlassen hatten, wurden sie von dem durch PISA belegten Abwärtstrend aufgeschreckt. Mit zum Teil unkoordinierten Vorstössen, auch durch diverse Interessengemeinschaften, wird nun versucht, das Malaise aufzuhalten, allerdings ohne die wahren Gründe zu analysieren. Der LVB interessiert sich und nimmt Stellung.**

### **Bildungsgesetz und Berufsauftrag**

Auch mehr als drei Jahre nach Inkraftsetzung des Bildungsgesetzes ist dessen Umsetzung noch nicht in allen Bereichen erfolgt. Seit Beginn macht der LVB Druck auf die BKSD und erwartet endlich konkrete Vorschläge vor allem in den folgenden Bereichen:

- Aufbewahrung der Personalakten
- Finanzierung der vorgeschriebenen mindestens 2% Weiterbildung
- Richtlinien und Finanzierung der durch die neue Stundentafel nötigen Fort- und Weiterbildung
- Sistierung der Planung der «Schulzusammenführungen» auf Sekundar I, bis die Parameter von HarmoS festgelegt sind.
- Eine objektive Auswertung der Ergebnisse des ersten Jahres mit Berufsauftrag
- Kantonale Regelungen, die den «teilautonomen», gegen das Personalrecht verstossenden Auswüchsen klare Grenzen setzen.
- Korrekte arbeitsrechtliche Bedingungen für Schulleitungen.

### **Initiativen**

#### **Ebene Bund**

#### **Geplant: eine Verfassungsinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle»**

Die «Elternlobby Schweiz» plant mit der Einreichung dieser Initiative die freie Schulwahl für alle. Sowohl in organisatorischer als auch in anstellungsrechtlicher Hinsicht und vor allem zur Effizienz eines solchen Schulsystems sind Zweifel angebracht. Sollte die Initiative zustande kommen, wird sich der LVB kritisch mit der Thematik auseinandersetzen. Schwerpunktthema im nächsten lvb.inform.

#### **Ebene Kanton**

#### **Formulierte Gesetzesinitiative: «Einführung von Schuluniformen»**

### **24. August 2006, vorgeprüft**

#### **Erstunterzeichner:**

#### **Rudolf Keller, Landrat SD**

Wo Schuluniformen nicht durch Tradition begründet sind, bedeutet die Uniformverpflichtung eine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Auch wenn sich vereinzelt Klassen freiwillig für Schuluniformen entscheiden, empfände eine Mehrheit der Schüler und Schülerinnen die vorgeschriebene Bekleidung als Zwang. Kleidermarken stehen längst nicht mehr im Mittelpunkt der persönlichen Diskriminierung. Viele andere Produkte wie Handys, Bikes etc. müssten dann ebenfalls auf Norm gebracht werden. Sind die Befürworter bereit, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen? Wird das Ziel einer besseren Vorbereitung der jungen Leute auf die Berufswelt erreicht? Wann kann Unterricht beginnen, wenn einzelne Teile der Uniform nicht den Vorschriften entsprechen? Wird dies von den Lehrpersonen akzeptiert, einfach übersehen oder werden die Fehlbaren zum Umkleiden nach Hause geschickt?

Die Initiative basiert nicht auf den grundlegenden gesellschaftlichen Problemen und trägt nichts zur Verbesserung der Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen bei. Soziale Unterschiede bleiben trotzdem weiter erkennbar. Umtriebe zuhauf bei null Effekt. Der LVB wehrt sich gegen die Uniformpflicht.

#### **Nichtformulierte Volksinitiative für «Eine Schule mit Qualität» (Qualitätsinitiative)**

#### **Erstunterzeichner:**

#### **Karl Willmann, Landrat SVP**

Verlangt werden Übertrittsprüfungen zwischen Sek I und Sek II, wobei die Erfahrungsnoten der letzten beiden Semester höchstens zur Hälfte anrechenbar sein dürfen. Diese Forderung impliziert, dass heute viele Schüler und Schülerinnen in das falsche, näm-

lich zu hohe Niveau, eingeteilt werden. Dies ist erwiesenermassen trotz vermehrter Intervention von Elternseite nicht der Fall. Es gibt Orientierungs- und PISA-Tests, mit HarmoS kommen die Überprüfungen der Bildungsstandards, und jetzt auch und zusätzlich noch Übertrittsprüfungen: Die Schule versänke in einer exzessiven Testerei. Überzogen. Der LR hat die Initiative mit grossem Mehr abgelehnt.

### Vernehmlassungen

#### Bund

**Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich**  
In diesem Heft

**Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule**

s. Ausgaben lvb.inform 5 und 6 2005/06 sowie 1 und 2 2006/07

#### Kanton

**Entwurf der Vorlage «Abschaffung des Bildungsrates»**

Obwohl die Zwillingsmotionen der SVP und FDP lediglich verlangen, dass Stufenlehrpläne und Stundentafeln vom Bildungsrat nur unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Landrat beschlossen werden können, schickt der RR den Entwurf einer Vorlage zur Abschaffung des Bildungsrates in Vernehmlassung. Ein politisches Kunststück, auf dessen weiteren Verlauf man gespannt sein darf.

**Totalrevision des Verantwortlichkeitsgesetzes**

Im Rahmen der ABP hat sich der LVB mit der Materie befasst und eine zustimmende Vernehmlassung gutgeheissen. Vor allem befürwortet wird die Staatsgarantie bei nicht absichtlichen Fehlern von Mitarbeitern, Lehrpersonen eingeschlossen.

### Bevorstehende Vernehmlassungen

- ICT Primarschule
- VO Sekundarschulstandorte
- VO Mittagstisch
- LRV Gymnasium Laufen
- Fremdsprachen an der Primarschule:

Die Entwicklung der Einführung von Frühfremdsprachen in der Primarschule ist die Folge des Entscheids der EDK, den Kantonen die Reihenfolge E/F oder F/E zu überlassen. Damit ist das HarmoS-Projekt, dessen Notwendigkeit mit Mobilitätsschwierigkeiten zwischen den Kantonen begründet wird, schon vor seiner Einführung zur Farce verkommen. Nur fünf Deutschschweizer Kantone ( VS, BE, FR, SO und BS) haben sich für Französisch als erste Fremdsprache entschieden. Der Regierungsrat Baselland ist am Tag vor der Beschlussfassung des Grossen Rates BS dem Englisch-Entscheid des Bildungsrates gefolgt und hat damit regional Empörung hervorgerufen, obwohl er sich nur der grossen Mehrheit der Deutschschweizer Kantone angeschlossen hat. Die Frage, wer nun eigentlich ausschert, steht im Raum. Der LVB sieht in der Harmonisierung nur eine Chance, wenn die EDK für alle Deutschschweizer Kantone zwingend eine einheitliche Reihenfolge des Sprachenangebots festgelegt und eine solide Ausbildung der Lehrpersonen sicherstellt.

- evtl. Fachmaturität Pädagogik
- evtl. Änderung des Bildungsgesetzes DMS 3 in FMS / Streichung DMS 2

• evtl. Neupositionierung DMS 2  
Eventualitäten sollte man eventuell nicht ins Netz hängen! Sie lösen bestenfalls Erstaunen aus und schüren Unsicherheit. Sobald die Inhalte der Geschäfte vorliegen, wird sich der LVB damit auseinandersetzen.

### Die wichtigsten Geschäfte im Landrat

#### 2004/206

**Motion von Etienne Morel vom 9. September 2004: Kurzfristiger Ausschluss von Schülerinnen und Schülern**

Eine Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des LVB hat aufgrund dieser Motion Mitte 2006 ein Paket mit diversen Komponenten und einen Handweiser Disziplin entwickelt und abgeschlossen, das dem RR zur Genehmigung vorgelegt und dann in eine Vernehmlassung geschickt werden sollte. Bisher ist nichts weiter geschehen. Eine Inkraftsetzung per Sommer 2007 erscheint damit eher aussichtslos.

#### 2004/243; 2004/244

**Postulate der SVP- und FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!**

#### 2005/025

**Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2005: Betriebsprüfung Amt für Volksschulen (im Zusammenhang mit GAP)**

Der RR hat wie im Postulat verlangt eine unabhängige Firma eingesetzt, die die geforderte Betriebsprüfung vornimmt.

#### 2004/245

**Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04)**

#### 2005/144

**Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnisses an den Primarschulen**

**2005/146**

**Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005:**

**Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen**

Die drei obigen Postulate zeigen, dass die Einführung der vom Bildungsrat beschlossenen VO BBZ den Nerv vieler Politiker getroffen hat. Nicht nur in BL, sondern auch in andern Kantonen ist wieder eine klare und brauchbare Leistungsbewertung mit Noten erwünscht. So wurde im Kanton Genf eine Initiative zur Wiedereinführung der Noten mit 76% Ja- gegen 24% Nein-Stimmen angenommen.

**2006/029**

**Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006:**

**Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe I**

Das Postulat verlangt weniger Stundenausfälle im Fachunterricht. Ein Schritt in die richtige Richtung.

**Der LVB verfolgt die Entwicklungen mit Interesse und wird bei diesem nicht enden wollenden Umbau der «Guten Schule Basel-land» auf professionellen Lösungen bestehen.**

